

FPÖ/Haslwanter/Mindestsicherung

Innsbruck, am 15. März 2019

**Haslwanter: „10 prozentiger Rekordanstieg bei Asylwerbern, die Mindestsicherung im Bundesland Tirol im Jahr 2018 bezogen haben gegenüber dem Jahr 2017.“**

**Utl.: 7.062 Personen (Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und Personen mit humanitärem Aufenthalt) bezogen im Jahr 2018 Mindestsicherung in Tirol. Insgesamt waren es 16.510 Personen, davon 6.495 österreichische Staatsbürger.**

„Die neu Regelung der Mindestsicherung durch die Bundesregierung war überfällig“, mit diesen Worten analysiert der FPÖ-Sozialsprecher In Tiroler Landtag LAbg. und AK-Vorstand KR Patrick Haslwanter die aktuellen Mindestsicherungsdaten für das Jahr 2018 im Bundesland Tirol. 5.762 Asylberechtigte, 1.124 subsidiär Schutzberechtigte und 176 Personen mit humanitärem Aufenthalt bezogen im Jahr 2018 Mindestsicherung in Tirol. „Insgesamt waren es 16.510 Personen, davon allerdings nur 6.495 österreichische Staatsbürger“, erläutert Haslwanter die aktuellen Zahlen. Er verweist darauf, dass im Jahr 2017 nur 6.414 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte Mindestsicherung bezogen haben. „Es ist also ein zehnprozentiger Anstieg klar festzustellen“, merkt der FPÖ-Politiker an.

**Mit Stichtag 31. Jänner 2019 bezogen 8.574 Personen in Tirol Mindestsicherung, nur 36 Prozent hatten die österreichische Staatsbürgerschaft.**

Mit Stichtag 31.01.2019 bezogen 8.574 Personen in Tirol Mindestsicherung. „3.092 Personen hatten die österreichische Staatsbürgerschaft, das sind lediglich 36 Prozent. „Diese Zahlen bestätigen den Kurs der Bundesregierung. Das aktuelle System der Mindestsicherung ist ein Magnet für Sozialtouristen und hat sich als Sprungbrett in die Beschäftigung nicht bewährt“, stellt Haslwanter fest und ergänzt: „Durch die neue Sozialhilfe werden nun vermehrt Anreize geschaffen, um sich aktiv in die Arbeitswelt zu integrieren. Zudem wird durch die neue Sozialhilfe mehr Gerechtigkeit im Sinne einer leistungsorientierten Gesellschaft sichergestellt. Wer arbeitet, dem muss am Ende des Monats auch mehr in der Geldtasche bleiben als Personen, die sich in der Mindestsicherung befinden.“

**Beilage:** Anfragebeantwortung 44/19